

ZEITSCHRIFTEN-SPIEGEL

Nixon in kritischer Sicht

Unter dem Titel „Ein skeptischer Demokrat betrachtet Präsident Nixon“, ist im „New York Times Magazine“ (17. 11. 1968) aus der Feder von Arthur Schlesinger jr. ein Aufsatz erschienen, der uns so interessant erscheint, daß wir seine wesentlichen Gedankengänge übersetzen ließen.

Wir wollen künftig wieder häufiger unseren Lesern Auszüge aus in- und ausländischen Zeitungen und Zeitschriften sowie Hinweise auf wichtige Veröffentlichungen in der Zeitschriftenpresse vermitteln.

Die Redaktion

Richard Nixon muß als Präsident vier Tatsachen ins Auge sehen: seit 1912 hat kein Präsident eine derartig geringe Anzahl von Stimmen für sich gewonnen; er ist konfrontiert mit einem Kongreß, der in beiden Häusern von der Oppositionspartei kontrolliert wird; sein Wahlkampf war in den innenpolitisch gefährlichsten Gebieten, den Städten, erfolglos, und er kann sich nicht auf das Mandat einer wohlinformierten Öffentlichkeit stützen, weil seine Kampagne banal und ausweichend war.

*Er hat die historische Chance einer politischen Erziehung seines Volkes vergeben, weil er jedes politische Risiko vermieden und offengelassen hat, was er 1969 im Weißen Haus zu tun gedenkt. Nixon hat seinen Wahlkampf mit großer „mechanischer Effizienz“ geführt, seiner Rolle als Präsident gibt er jedoch gern den Anstrich einer aktivistischen Haltung, vergleichbar mit *Roosevelt* und *Kennedy*.*

Wie er den *Vietnamkrieg* beenden will, hat er nicht gesagt. Aber er erkennt die *McNamara-Doktrin* des atomaren Gleichgewichtes nicht an, weil er meint, dies sei nicht vereinbar mit dem Wunsch, als freies Land zu überleben. Nixon fordert eine stärkere atomare Rüstung zu einem Zeitpunkt, an dem die USA bereits in der Lage sind, den ganzen Planeten zu vernichten. Er ist für die Stärkung der US-Flotte und für eine Umwandlung der Armee und ihrer wehrpflichtigen Angehörigen in eine Berufsarmee.

Johnsons Antiraketen-Raketen-System, das bisher nur gegen China gerichtet war, will Nixon auch gegen die SU gerichtet erweitern und damit das internationale Gleichgewicht der Macht erheblich instabiler machen. Aus dieser Position der Stärke heraus will Nixon mit der Sowjetunion „verhandeln“. Die Kosten für eine solche Aufrüstung will Nixon decken, indem er die Entwicklungshilfe einschränkt und die öffentlichen Ausgaben zugunsten der Sanierung der Städte und der Armut herunterschraubt. Nixon will dafür Steuergelder an die Privatindustrie überführen, die ihrerseits die Probleme der amerikanischen Städte lösen soll, da sie es war, die diese Städte gebaut habe. Profitinteressierte Privatunternehmen können also besser öffentliche Bedürfnisse befriedigen als öffentliche Fonds, meint Nixon.

Rassenspannungen will er beseitigen durch die Stärkung eines schwarzen Kapitalismus, der kaum Regierungsgeld kosten würde. So wenig wie sich der Präsident die Folgen atomarer Vernichtung vorzustellen vermag, hat er irgendein Gespür für die Probleme rassenbedingter Ungerechtigkeit, städtischer Not, Gewalt und Verbrechen. Als Vertreter der besitzenden Klassen ist er erregt und entrüstet über Gewalt und Verbrechen und verspricht deshalb als wichtigste innenpolitische Aufgabe, für Ruhe und Ordnung (amerikanisch: Gesetz) zu sorgen. Stärkung des Gesetzes und seiner Durchführung fordert er und wendet sich gegen einige Entscheidungen des Obersten Gerichtes, die „kriminellen Elementen grünes Licht“ gegeben haben.

Als erster republikanischer Präsident bezeichnet Nixon sich als Anhänger von *Keynes*. Gegenüber *Humphrey*, der gegenteiliger Meinung ist, vertritt er den konservativen Standpunkt, daß bei Gefahr von Inflation es wichtiger sei, die Preise stabil zu halten, als Arbeitslosigkeit zu vermeiden. Dies würde besonders die schwarze Bevölkerung treffen. Im Fall einer Krise würde Nixon zweifelsohne mit einer Steuerermäßigung reagieren. Darüberhinausgehend wurde in einem geheimen Kommuniqué offenbar, daß er beabsichtigt, die staatliche Regulierung der Privatwirtschaft einzuschränken.

Während *Robert Kennedy* unter Dezentralisation die Schaffung lokaler Institutionen zur

Kontrolle der Ortsansässigen und Durchsetzung ihrer Wünsche verstand, benutzt Nixon denselben Begriff und meint den Übergang relativ immun verwalteter Macht auf die unteren Ebenen, die dem Druck privatwirtschaftlicher Interessen weniger widerstehen können.

Im Wahlkampf trat er ein für höhere Ausgaben für das Militär und niedrigere soziale Ausgaben, eine offensive Politik nach außen und eine defensive im Inneren; wie er sich tatsächlich gegenüber dem politischen Druck seiner Umgebung verhalten wird, ist noch unklar. Er ist im Gegensatz zu den letzten US-Präsidenten geographisch und sozial wurzellos. Er ist ein Produkt der mobilen technischen Gesellschaft, deren andere Seite das Fehlen einer inneren Identität ist. Nixon war sich nie seiner selbst sehr sicher, er fühlte sich eher von verschiedenen Seiten bedroht, persönlich angegriffen. Diese Schwächen für einen Politiker hat er während seines Comebacks sorgfältig zu überdecken gesucht mit Mäßigung, Gerechtigkeit und Freundlichkeit. Unter der dünnen Oberfläche war jedoch zu erkennen, daß er sich nicht wirklich gewandelt hat. Seine Intelligenz scheint mehr die eines Juristen zu sein: Sein Denken scheint konventionell und stereotyp, selten unabhängig, niemals originell zu sein.

Wenn er tatsächlich — wie er vorgibt — in der Lage ist, ein Ohr für die Verschiedenheiten der Ideen und Hoffnungen in seinem großen und turbulenten Land hat, wird er vielleicht die Fähigkeit erwerben, über sich selbst hinauszugehen und seiner Nation und der Welt zu dienen.